

Grundsatzprogramm der Handwerkerpartei Deutschland

Ohne Handwerk kein menschenwürdiges Leben. Oft merkt man es erst, wenn eine dringend benötigte Handwerksleistung nicht oder nur zeitverzögert am Markt abrufbar ist. So wie Landwirtschaft und Industrie in jedem modernen Staatswesen die Grundlage für alles weitere wie Verteidigung, Bildungseinrichtungen, öffentliche Sicherheit und die organisierten Formen der demokratischen Willensbildung schaffen, tut dies auch das Handwerk. Es war eine Stütze des Wiederaufbaus nach dem Krieg, der allmählich einsetzende Wohlstand ist ganz wesentlich mit jenen Menschen zu verdanken, die in handwerklich geprägten Branchen arbeiten. Auch heute noch brauchen Investoren, seien sie auch noch so groß und finanzkräftig, Handwerker, um ihre Pläne umzusetzen. Gerade die kleinen Handwerksbetriebe bieten durch ihre Flexibilität und den Wettbewerb günstige Preise und hohe Qualität.

Doch so wichtig ein funktionierendes Handwerk für gute Lebensumstände und die Entwicklung der Gesellschaft sind, so wenig sehen wir als Handwerkerpartei Deutschland die Interessen des Handwerkes in der Politik ausreichend vertreten. Berufsständische Organisationen wie die Handwerkskammern können dies allein nicht übernehmen, denn ihr Einfluss auf die Gesetzgebung ist nur indirekt und nicht zwingend. Die Handwerkerpartei Deutschland strebt Veränderungen zugunsten besserer Rahmenbedingungen für die kleinen Handwerksbetriebe an und hat dazu konkrete Forderungen. Sie ist dennoch auch für in anderen Branchen Tätige zur Wahl zu empfehlen, denn geht es dem Handwerk gut, dann geht es auch anderen gut. Dabei bestehen wir als Handwerkerpartei Deutschland darauf, stets auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu bleiben. Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und lehnen jegliche Ideologien ab.

Wir planen Steuererleichterungen und andere Verbesserungen vor allem für inhabergeführte Handwerksbetriebe zu erreichen, zweifeln aber nicht die Notwendigkeit der Erhebung von Steuern an, denn sie sind erforderlich, ein funktionierendes Staatswesen zu betreiben. Eine andere Frage sind Effizienz, Transparenz, Zweck und Sinn der Steuerausgaben. Hier sehen wir als Handwerkerpartei Deutschland bedeutende Chancen der Einsparung wie der Umorientierung von Ressourcen zu Zwecken, die dem Handwerk und seinen Kunden wirklich dienen.

1. Das Handwerk als wichtige Säule des ländlichen Raumes

Handwerk hat neben der Landwirtschaft Tradition im ländlichen Raum und ist eine tragende Säule für die Bevölkerung dort. Es hat gerade auf dem Land eine stabilisierende und wohlstandserhaltende Funktion. Wir als Handwerkerpartei Deutschland haben aber den Eindruck, dass die Belange der Handwerker von einflussreichen politischen Entscheidungsträgern stiefmütterlich behandelt werden. Landleben erzeugt andere Bedürfnisse als Stadtleben. Doch Busse fahren nur spärlich, wenn überhaupt. Das Ausdünnen des Schienennetzes über Jahrzehnte schadet noch immer. Den Verbrennungsmotor zu verbieten hat im ländlichen Raum eine ganz andere Bedeutung, vor allem für die Handwerksbetriebe. Digitalisierung erleichtert nicht jedem Handwerksbetrieb die Arbeit, unter anderem weil schnelle Internet-Zugänge noch nicht überall verfügbar sind. Außerdem lebt das Handwerk nicht davon, digital sein zu müssen. Das soll auch so bleiben. Die Anwendung komplexer Datenverarbeitung sollte dem Handwerk nicht zusätzlich zu den bereits jetzt umfangreichen Berichts- und Dokumentationspflichten zur Aufgabe gestellt werden.

1.1 Angebot eines öffentlichen Personennahverkehrs zu erschwinglichen Preisen

Wer auf dem Dorf lebt weiß, wie wichtig Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr ist. Busse fahren nur in zeitlich großen Abständen. Dies erschwert, zum Beispiel Arbeitsorte, Geschäfte, Ärzte oder auch Kultureinrichtungen zu erreichen. Wer auf dem Land leben will, braucht ein Auto, damit der Alltag reibungslos und ohne längere Wartezeiten bewältigt werden kann. Doch nicht jede Familie kann sich ein oder gar mehrere Autos leisten, die Bedürfnisse aller abzudecken. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist uns daher wichtig, den ländlichen Raum attraktiv für Familien, die vielen Handwerker-Familienbetriebe und Pendler zu erhalten. Auch Rufbusse und Bedarfshaltestellen können das Angebot ergänzen. Die Tarife müssen kostengünstig sein, auch um das Arbeitskräfte-Angebot für Handwerksbetriebe zu verbessern. Hier sind wir dafür, das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs in noch höherem Umfang als bisher mit Steuermitteln zu unterstützen. Einsparungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen schlagen wir vor.

1.2 Parkplätze und Toiletten für Handwerker

Handwerker benötigen dringend Parkplätze, um ihre Kunden zu erreichen. Müssen sie mehrere Blöcke entfernt parken, geht wertvolle Arbeitszeit für den Transport der Materialien und Gerätschaften verloren. Wir wollen Parkerleichterungen mit ausreichend großen Parkplätzen für Handwerker. Außerdem sollen flächendeckend öffentliche Toiletten für Handwerker bereitgestellt werden, die mit einem speziellen Schlüssel zu öffnen wären.

1.3 Erhalt des Verbrennungsmotors

Die Fuhrparks der Handwerksbetriebe auf E.-Mobilität umzurüsten, ist unverhältnismäßig kostenintensiv. Mit Blick auf die Entwicklung der Strompreise sind auch die Folgekosten problematisch. Ob Brandanfälligkeit, Brandausmaß und Folgekosten, Anschaffungskosten, Fahrzeuggewicht, Wertverlust, Reichweite, Verfügbarkeit von Ladestationen und Ladedauer - in jeder dieser Fragen verlieren Elektroautos gegenüber Verbrennern gerade in Fragen der Art Mobilität, die Handwerksbetriebe brauchen. Die Umrüstung der Flotte ist außerdem risikoreich, da durch die schwankende Einspeisung des durch Windkraftanlagen und Solarzellen gewonnenen Stroms Drosselungen der Ladestationen drohen, wenn Einspeisung und Bedarf wie beispielsweise bei wenig Wind und zugleich Dunkelheit differieren und Drosselung der Ladestationen droht, wie es die Bundesnetzagentur bereits angekündigt hat. Das übereilte und unüberlegte „Verbrenner-Aus“ lehnen wir daher grundsätzlich ab.

1.4 Pflicht zur Digitalisierung unterbinden

Die Europäische Union bestimmt in ihrem Programm „Fit-for-55“ (Reduzierung der Abgabe von CO₂, Methan und ähnlichem in die Atmosphäre um 55 %) des sogenannten Green Deals Digitalisierung als eine der tragenden Säulen für den Umbau der Nationalstaaten zu vermeintlicher Klimaneutralität. Doch Digitalisierung bringt gerade für Klein- und Familienunternehmen Probleme und ist in Anschaffung und Unterhalt eine weitere Kostenbelastung. Die Anwendung der Datenverarbeitung muss erlernt und auf dem neuesten Stand gehalten werden. Doch viele Handwerksbetriebe benötigen, um die von den Kunden nachgefragten Leistungen zu erbringen, keine zunehmende Digitalisierung ihrer Firmen und sollten auch dazu nicht genötigt werden. Zudem lässt der Ausbau der fünften Mobilfunkgeneration und der Glasfaseranschlüsse auf dem Land auf sich warten. Eine erzwungene Digitalisierung kann dadurch auch zum Zeitfresser werden. Der Ruf nach ihr für Handwerksbetriebe ist übereilt. Wir stehen dafür ein, die Entscheidung darüber den Betriebsinhabern selbst zu überlassen.

2. Unsere Jugend für das Handwerk begeistern

Heute soll jeder Jugendliche Abitur haben und eine Karriere in akademischen Berufen anstreben. Eltern kämpfen in der vierten Klasse, die Empfehlung für das Gymnasium für ihr Kind zu erreichen. Wird die Gymnasialreife nicht erlangt, geht für viele Eltern eine Welt unter. Auf keinen Fall soll das Kind körperlich arbeiten und sich bei der Arbeit die Hände schmutzig machen. Das war einst anders. Da wollten Heranwachsende noch Friseurin oder Kfz-Mechaniker werden. Über-Akademisierung ist ein gesellschaftliches Phänomen. Auch an Hochschulen und Universitäten herrscht Frust. Studenten, die mit Texten ohne Bilder überfordert sind und in schriftlichen Arbeiten die deutsche Grammatik nicht korrekt umsetzen sind keine Ausnahme, so unser Eindruck.

In den Schulen, die auf den weiteren Lebensweg vorbereitend die junge Generation unterrichten sollten, muss ein anderer Weg gegangen werden. Wir fordern mehr praktischen Unterricht und mehr der Bildung, die im Handwerk dringend gebraucht wird. Wichtig ist nachfolgend, dass es den Auszubildenden und späteren Handwerkern einfacher als bisher gemacht wird, in der Arbeitswelt Fuß zu fassen, um sich nützlich in unsere Gesellschaft einzubringen.

2.1 Die schulischen Lehrpläne müssen einen Unterricht bringen, der auf das Leben vorbereitet

Die Lehrpläne an unseren Schulen bereiten Kinder und Jugendliche weitläufig auf eine zukünftige akademische Ausbildung vor - voller Theorien und Gedankengebilde. Praxis und Alltag stehen nicht im Vordergrund. Geld, so nach unserem Eindruck die landläufige Meinung, lasse sich sowieso nur als Akademiker verdienen, sauber und ganz in "Work-Live-Balance". Eltern fühlen sich genötigt, dem Kind das Abitur zu ermöglichen, egal wie. Das Handwerk gerät in den Ruf, eine unattraktive Berufssparte zu sein. Doch nicht jedes Kind ist zum Akademiker berufen. Viele sind in einem handwerklichen Beruf besser aufgehoben. Dies muss bereits in der Schulzeit gefördert werden. Auch um gruppendynamische Prozesse in den Schulen aufzubrechen, die handwerkliche Berufe minderwertig erscheinen lassen, müssen Kinder mehr praktische Erfahrung im Handwerk sammeln können, nicht nur in Praktika, sondern verankert in den Lehrplan. Wir streben einen ausgeglichenen Lehrplan von Theorie und Praxis an, so dass handwerklich begabte Kinder in ihrer schulischen Bewertung nicht benachteiligt sind. Außerdem verhindert dies, dass der Gesellschaft handwerkliche Talente und künftige Meisterschaft im doppelten Wortsinne nicht verloren gehen. Schulische Erfolgserlebnisse sind wichtig für die Motivation und das Selbstwertgefühl unserer Kinder und Jugendlichen, um Teil unserer Gesellschaft zu werden und sich sinnvoll einzubringen.

2.2 Kooperation Schule-Fahrschule

Die Handwerkerpartei Deutschland strebt eine Kooperation von Schulen mit Fahrschulen an, die den Schülern den Weg zur Führerscheinprüfung ebnen und den Verkehrsunterricht übernehmen. Für zukünftige Handwerker ist der Führerschein meist unerlässlich. Ist ein Ausbildungsvertrag im Handwerk unterschrieben, könnten die Kosten für vorbereitende Kurse und die Fahrprüfung benötigter Klassen vom Bildungsträger oder Ausbildungsbetrieb übernommen werden, der diese Kosten dann aus staatlichen Mitteln erstattet bekommt.

2.3. Boni für Handwerksbetriebe, die sich überdurchschnittlich für die Lehre engagieren

Wartezeiten auf Handwerksleistungen verlängern sich, selbst bewährte Handwerksbetriebe suchen vergeblich Ausbildungswillige und oft auch Nachfolger, wenn die Inhaber in Rente gehen wollen. Manche Ausschreibung hat nur einen oder keine Bewerber. Um die Zukunft im Handwerk abzusichern, müssen Ausbildungsplätze bedarfsgerecht angeboten und genutzt werden. Staatliche Boni könnten dabei Anreize sowohl für die Betriebe wie die Auszubildenden setzen. Mit der Handwerkerpartei Deutschland würde die Berufsausbildungsbeihilfe für Berufe im Handwerk elternunabhängig an Azubis ausgezahlt, inklusive Wohnraumförderung und die Betriebe erhielten eine kräftige Finanzspritze pro Azubi obendrauf. Das motiviert auch die Handwerksbetriebe, sich aktiv um Azubis zu bemühen und so den Fachkräfte-Bestand dauerhaft zu verbessern.

2.4. Unternehmensgründung auf Probe

Ein Unternehmen zu gründen stellt für viele Menschen eine scheinbar kaum zu überwindende Hürde dar. Um den Einstieg zu erleichtern, setzen wir uns für eine Unternehmensgründung auf Probe ein, die für Handwerksbetriebe möglich sein muss. Dies könne mit einer staatlichen Übernahmeprämie und einer Prämie für die Betriebsfortführung verbunden beginnen, so weit die Alteigentümer ihren Nachfolgern für eine begrenzte Zeit helfend und beratend zur Seite stehen.

2.5. Beitragszahlungen an die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammern nur freiwillig

Die Beiträge für die Industrie- und Handwerkskammern müssen eine freiwillige Leistung der Handwerksbetriebe an die Kammern sein. Wir wenden uns gegen die Zwangs-Mitgliedschaft in den Kammern, da die geforderten Beitragszahlungen in der momentan wirtschaftlich schwierigen Situation zu hoch sind. Durch die freiwillige Mitgliedschaft kann ein Anreiz an die Kammern gesetzt werden, ihre Tätigkeit für die Handwerksbetriebe attraktiver zu gestalten. Wettbewerb würde auf diesem Gebiet wieder eingeführt und praxisnahe, qualifizierte Arbeit der Kammern begünstigen. Erst dann wäre die Mitgliedschaft in den Kammern ein Merkmal, mit dem die Betriebe für sich werben können.

3. Energieprobleme überwinden

Energiewende ohne Plan - so kann man die derzeitige Situation umschreiben. Unüberlegt werden Netzschwankungen billigend in Kauf genommen, mit verheerenden Folgen für alle. Strom soll angeblich die Lösung der derzeitigen Regierung auf Fragen nach dem Antriebsmotor für Deutschland sein. Wärmepumpen und E.-Mobilität verpflichtend für alle Bundesbürger, durchgesetzt durch Verbote und immer strengere Grenzwerte. Doch mit der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke ist die Lieferung von Strom so unsicher wie noch nie, was letztendlich den Strompreis weiter in die Höhe treiben wird. Wind und Sonne liefern nicht kontinuierlich und erst recht nicht am Bedarf orientiert. Die Anpassungen des schwankenden Angebotes an den Bedarf generieren einen unvorstellbar großen Aufwand und hohe finanzielle Belastung durch Stromimporte und Stromexporte zu negativen Preisen. Sie erfordern außerdem einen überdurchschnittlich hohen Aufwand beim Netzausbau. Deutschland und Dänemark, ebenfalls ein Land mit hohem Windstrom-Anteil, haben die weltweit höchsten Strompreise unter den Industrie-Nationen. Die Handwerksbetriebe müssen daher dringend entlastet werden, um ihre Betriebe weiter aufrecht erhalten zu können. Sollten immer mehr Handwerksbetriebe aufgrund hoher Energiekosten aufgeben, steht der Endverbraucher schnell ohne Klempner oder Automechaniker da. Es droht ein heilloses Chaos, sollten die Handwerksbetriebe weiterhin sträflich missachtet werden. Zwar trifft die Belastung auch die energieintensive Großindustrie, doch im Gegensatz zu dieser können Handwerksbetriebe nicht einfach ihre Produktion ins Ausland verlagern.

3.1 Handwerksbetriebe von Stromsteuer befreien

Während die Regierung den Mehrwertsteuersatz für Gas und Fernwärme von 19 auf 7 % senkt, bleibt der Steuersatz für Strom bei 19%. Durch Inflation, Ukrainekrieg und die Weigerung der politisch Verantwortlichen, inländische zuverlässig liefernde Energiequellen zu erschließen sowie die genannten Probleme, volatile Energieerzeugung und schwankenden Verbrauch in Übereinstimmung zu bringen ist nicht absehbar, wann sich die Lage entspannt. Wir fordern daher, die Mehrwertsteuer für Strom für Handwerksbetriebe auszusetzen und für alle Bürger auf 7% zu senken, bis sich die Lage auf dem Strommarkt entspannt hat. Gerade für Handwerksbetriebe sind hohe Stromkosten einer der Gründe, ihr Geschäft aufgeben zu müssen.

3.2. Energiepreise für Handwerksbetriebe stark absenken

Neben Steuerermäßigungen sehen wir es als zur Erhaltung der Handwerksbetriebe notwendig an, die Energiepreise für das Handwerk grundsätzlich stark zu senken. Eine einmalige Pauschalzahlung bewirkt in dieser Frage wenig. Wir setzen uns für Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiekosten für das Handwerk ein.

3.3. Kernenergie der 4. Generation —Dual-Fluid-Kernreaktoren in Deutschland

Mit der Abschaltung der Kernkraftwerke ist die Energiesicherheit in Deutschland nicht mehr gewährleistet. In der Industrie gab es bereits erzwungene Drosselungen des Strom-Verbrauchs - mal marktgetrieben infolge zeitweilig exorbitant gestiegener Preise, mal netzgetrieben durch Abschaltungen. Für letztere gab es dann Ausgleichszahlungen. Das ist immer volkswirtschaftlich schädlich, da das Potenzial vorhandener Anlagen dann nicht mehr voll genutzt wird. Die Produkte, die man währenddessen mit ausreichend Strom hätte herstellen können, entstehen dann im Ausland. Wird Strom aus dem Ausland gekauft, wie es jetzt bereits in großen Umfang geschieht, schafft dies neue Abhängigkeiten. Da das Geld anderswo eingespart werden muss, sinkt der Lebensstandard. Fraglich ist, wie extrem die Armut sein wird, in die uns die grüne Ideologie führt. Für die Handwerkerpartei Deutschland liegt die Lösung im Bau einer neuen Generation Kernreaktoren, die inhärent sicher sind und Atommüll verwerten. Die Technologie des Dual-Fluid-Reaktors wurde in Deutschland entwickelt, jedoch sind die Ingenieure nach Kanada gegangen, weil das Investitionsklima für solche Technologien dort freundlicher ist. Mit Ruanda wurde ein Vertrag zum Bau des ersten Reaktors dieser Generation unterzeichnet. In China sind bereits Reaktoren der vierten Generation in Betrieb. Weltweit werden Pilotprojekte vorbereitet, nur in Deutschland nicht. Dies wollen wir ändern und setzen uns dafür ein, dass ein Teil der enormen finanziellen Mittel und personellen wie sächlichen Ressourcen, die zurzeit in den weiteren Ausbau von Windparks und Solarfeldern gesteckt und von Steuerzahlern wie Stromkunden bezahlt werden müssen, in erste Pilotprojekte und weitere Forschung zugunsten von Reaktoren der 4. Generation gesteckt werden. Windkraft- und Solarstromfelder sind zu stoppen, da ihr Ausbau immer mehr Instabilität in das Stromnetz bringt und die Kosten des Ausgleichs explodieren.

4. Eigene Rohstoffe für die Wertschöpfung im eigenen Land

Deutschland ist ein Rohstoffland. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz werden vor allem Baurohstoffe wie Sand- und Kies, gebrochene Natursteine, Kalksteine sowie Substanzen für die Industrie wie Steinsalz, Quarzsand und Flussspat aus heimischen Lagerstätten gewonnen. 2019 war Deutschland bei Braunkohle der zweitgrößte, bei Rohkaolin der drittgrößte, bei Steinsalz der viertgrößte und bei Kalisalz der fünftgrößte Produzent der Welt. Bei Rohstoffen, die für die sogenannte Klimawende zum Einsatz kommen, sieht es anders aus. Die Handwerkerpartei Deutschland lehnt die „Klimawende“ mit Windkraftanlagen, Solarstromfeldern und Digitalisierung weitgehend ab. Wir plädieren dafür, unsere Rohstoffe vorerst nicht zu exportieren, damit sie in ausreichendem Umfang zur Reparatur unserer eigenen angeschlagenen Infrastruktur zur Verfügung stehen.

4.1. Rohstoff-Ausfuhrverbot

Neben dem Fachkräftemangel herrscht in Deutschland Rohstoffmangel. Schuld daran ist der Export von beispielsweise heimischem Holz oder sogar Wasser nach China und Amerika. Solange Deutschland im eigenen Land um diese Rohstoffe ringt, fordern wir ein Ausfuhrverbot von heimischen Rohstoffen. Auch wenn dies der Idee eines freien Marktes und Eigentumsrechten widerspricht, ist zu beachten, dass auch andere Länder die Bereitstellung ihrer Rohstoffe für den Weltmarkt steuern und reglementieren. Aufgrund des freien Marktes müssen unsere Handwerksbetriebe gegen hohe Preise kämpfen, die durch das Marktsignal von außen entstehen. Können die Kunden diese Kosten nicht tragen, müssen kleine Handwerksbetriebe aufgeben. Wir wollen den Wohlstand in unserem Land erhalten. Dazu gehört, dass unsere Handwerksbetriebe nicht mit wesentlich zahlungskräftigeren Kunden aus dem Ausland um die Rohstoffe konkurrieren müssen.

4.2. Globalisierung zurückschrauben

Globalisierung in der heutigen Form funktioniert nur auf Kosten einzelner Nationalstaaten und beutet dauerhaft Billiglohnländer aus, belastet die Natur, verteilt den Wohlstand ungerecht und bringt Unternehmen dazu, abzuwandern. Wir stehen dafür, Deutschland so weit wie möglich autonom zu gestalten. Handwerksbetriebe formen seit Jahrhunderten unsere Kultur und schaffen gute Lebensbedingungen durch die Hände der Handwerker. Globalisierung ist auf Kulturzerstörung ausgerichtet, da sie die Welt als gleichzumachenden Ort unter einer Ideologie begreift. Die Länder dieser Welt sind aber nicht gleich, sondern vielgestaltig und Globalisierung ist in vielen Aspekten der Feind der kleinen und mittelständigen Handwerksbetriebe hier in Deutschland. Wir als Handwerkerpartei Deutschland kämpfen für den Erhalt unserer Kultur und der vielen kleinen Familienbetriebe, die der Globalisierung ausgeliefert sind.

5. Naturschutz statt Klima- und Umweltschutz stärkt das Handwerk

Naturschutz steht für uns an oberster Stelle, während der sogenannte Klimaschutz unsere Natur zerstört. Insekten, Vögel und andere Tierarten fallen den Windkraftanlagen zum Opfer. Insbesondere die Idee, Windkraftanlagen in Wäldern zu errichten, zeigt den Widerspruch zwischen Naturschutz und dem offiziell propagierten Klimaschutz auf. Es kommt zu einer systematischen Ausrottung von Lebensformen. Technologien, die sich grün nennen aber oft das Gegenteil sind, zerstören auch unser Handwerk, da sie ihm die Rohstoffbasis nehmen. Die Handwerkerpartei Deutschland bekennt sich zu unserer Natur als schützenswertes Gut.

5.1. Rückbau von Windkraftanlagen und Solarstrom-Feldern

Der Bau von Windkraftanlagen und Solarstrom-Feldern belastet unsere Natur extrem. Bodenversiegelung, das Durchbrechen sich gegenseitig unterstützender Waldbestände durch Zufahrtswege und Anlagen, die höhere Verdunstung durch Herunterwirbeln wärmerer Luft begünstigen, längerfristige Trockenheit durch verlangsamten Luftaustausch in und um Windparks, Rückgang der Artenvielfalt und Infraschall, den nicht jeder verträgt — das sind nur einige Beispiele. Solarfelder versiegeln ebenfalls Flächen und schwächen das Rückstrahl-Vermögen der Oberfläche, tragen also ebenfalls zur Erwärmung im regionalen Bereich bei. Wer Erwärmung als Problem sieht, kann also solche Installationen nicht gutheißen. Effekte, die gern mit einem „Klimawandel“ in Richtung Erderwärmung in Zusammenhang gebracht werden, kommen also von Maßnahmen, die angeblich die Erderwärmung abbremsen sollen. Begriffe wie „erneuerbare Energien“ und „Nachhaltigkeit“ sind in diesem Zusammenhang vollkommen falsch. Energie kann immer nur umgewandelt, aber nicht „erneuert“ werden. Würde dies bedacht, wäre auch der Blick auf den windbremsenden Effekt mit seinen Nachteilen für das regionale Wettermittel offen. Windräder sind nicht nachhaltig, im Gegenteil. Sie verschleifen durch Materialermüdung. Wenn sie nicht erneuert werden können, bleiben Fundamente übrig, die 3500 Tonnen wiegen. Für die Verbundwerkstoffe der Rotor-Blätter gibt es noch keine Wiederverwendung. Wir fordern daher den Baustopp für Windkraftanlagen und Solarstrom-Felder in der Natur. In urbanen Gebieten verbieten sich Windkraftanlagen ohnehin.

5.2. Aufforsten für einen natürlichen Lebensraum

Unsere Wälder vergehen. Jeder, der seit Jahren regelmäßig in den Wäldern wandern geht, hat bemerkt, wie stark sie inzwischen ausgedünnt sind. Borkenkäfer-Plagen begünstigt durch Dürreperioden tragen dazu bei. Aufgeforstet wird kaum bis gar nicht. Die Handwerkerpartei Deutschland sieht die Aufforstung unserer Wälder als wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft. Natur und Landschaft bedeuten Heimat und Identität und bieten Raum für eine Vielzahl an Lebewesen. Holz ist ein natürlicher Rohstoff, der im Handwerk vielfach genutzt wird. Deshalb werden nach wie vor Bäume zur Holzgewinnung gefällt. Verpflichtende und subventionierte Aufforstung sehen wir daher als einzige Lösung für unsere Wälder.

6. Steuersenkungen

Steuern sind so alt wie es Herrschaftssysteme gibt und sie haben ihre Berechtigung, um Infrastruktur zu schaffen und zu erhalten, denn die Investition wäre für einzelne Marktteilnehmer zu groß und erst zu spät profitabel. Doch dürfen unsere Bürger nicht durch zu hohe Steuern belastet werden und die Steuer-Einnahmen müssen zum Wohle der Bürger ausgegeben werden. Es führt zum Erlahmen der wirtschaftlichen Aktivität, wenn jedes Stück mehr Fleiß, Ideenreichtum und Talent durch höhere Abgaben bestraft wird. Dies tritt um so eher ein, wenn im Kontrast dazu Spitzeneinkommen in Bereichen erzielt werden, die nicht dem Wettbewerb in der freien Wirtschaft unterliegen, wie beispielsweise im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und bei politischen Beamten. Die Belastung durch Steuern und Abgaben wird dann nicht nur als demotivierend, sondern auch als hochgradig ungerecht empfunden.

Menschen, die mehrere Talente haben, werden sich dann für die einträglichere Variante entscheiden. Ist jemand handwerklich begabt und kann gut reden, dann ist seine handwerkliche Begabung das, was die Gesellschaft dringend braucht. An Reden und Reden-Schreibern aber herrscht kein Mangel. Wird aber die Anwendung der Redebegehung, zum Beispiel in Parteien, Vereinen, Stiftungen, Ministerien und ähnlichem besser bezahlt und ist nahezu ohne Haftungsrisiko, werden viele Menschen ihr handwerkliches oder auch naturwissenschaftlich-technisches Talent brach liegen lassen und sich für eine Karriere in den genannten Organisationen oder auch dem jetzt schon unsäglich aufgeblähten öffentlich-rechtlichem Rundfunk entscheiden. Es folgt eine Fehlleitung von Ressourcen. Unproduktive Bereiche bekommen mehr als sie benötigen, ihre gesellschaftliche Funktion zu erfüllen. Auf praktische Leistungen wird man immer länger warten müssen. Geschwächt wird, was Deutschland bisher stark gemacht hat: Technik und Technologie, qualitativ hochwertige Ausführung praktischer Arbeiten.

Straßen müssen gebaut und gewartet werden, Schulen benötigen moderne Sanitär-Einrichtungen und kindgerechte Räume, der öffentliche Personennahverkehr muss zufriedenstellend ausgebaut sein. Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten, erfordert ebenfalls erhebliche Finanzmittel und Ressourcen. Dies alles ist -im Rahmen der Fürsorgepflicht des Staates für seine Bürger - mit Steuern zu finanzieren. In der Bundesrepublik Deutschland ist dieses System jedoch vollkommen aus den Fugen geraten. Das Steuersystem ist hochkomplex und niemand überblickt alle Ausgabe-Positionen. Die Infrastruktur wird allmählich immer schlechter, die Realeinkommen sinken und anstatt darauf zu reagieren, werden immer neue Belastungen finanzieller und bürokratischer Natur erfunden und durchgesetzt. Die Bundesrepublik Deutschland ist noch der größte Netto-Zahler der Europäischen Union. Sogenannte Entwicklungshilfe fließt in mindestens dreistelliger Millionenhöhe ab, dabei auch an Diktaturen, der Einsatz des Geldes zur Verbesserung der Lebensbedingen in den Empfängerländern ist

schlecht zu kontrollieren und nicht zu erzwingen. Es ist nicht auszuschließen, dass dieses Geld eingesetzt wird, die Machtstrukturen einer korrupten Elite zu verfestigen. Die Handwerkerpartei Deutschland sieht es als moralische Pflicht der Regierung an, die Einnahmen transparent zu machen und sie für die eigene Infrastruktur einzusetzen. Wir missbilligen den Transfer von Steuergeld ins Ausland grundsätzlich.

6.1. Stopp der CO2-Steuer

Bäume binden Kohlendioxid. Um sinnvoll und naturverträglich mit CO2 umzugehen ist aus unserer Sicht Aufforstung die wichtigste und wirksamste Methode. Wälder abzuholzen, um dann umweltschädliche Technologien dort aufzubauen ist widersinnig und nicht zielführend. Wir setzen uns für die Abschaffung der CO2-Steuer ein. Ihr offiziell vorgegebenes Ziel ist durch Aufforstung besser zu erreichen. Eine CO2-Steuer ist unnütz und belastet den Steuerzahler unnötig.

6.2. Keine mehrfache Besteuerung

Ein großes Ärgernis stellt unserer Ansicht nach die mehrfache Besteuerung ohne sichtbare Gegenleistung dar. Unsere Infrastruktur verfällt trotz immer höherer Steuereinnahmen. Fahrradwege, Schulen und Straßen haben einen hohen Sanierungsbedarf, der trotz beispielsweise allein 60,56 Milliarden Euro Steuereinnahmen im Februar 2023 nicht erfüllt wird. Gleichzeitig wird die Bevölkerung in Deutschland immer ärmer. Um den Wohlstand zu erhalten und die Bevölkerung zu entlasten sprechen wir uns gegen mehrfache Besteuerung aus. Vor allem unsere Rentner dürfen nicht durch die Steuerlast auf Renten in die Altersarmut getrieben werden. Zusätzlich zum Stopp der Besteuerung der Renten fordern wir die Rückzahlung der bisher auf Renten erhobenen Steuern und die Rückzahlung der Kosten für die Erstellung der Steuererklärungen. Vorsorge ist zu fördern, anstatt sie mit Abgaben zu bestrafen. Das tritt aber selbst dann ein, wenn zusätzliche Einzahlungen in die Rentenkasse zwar steuermindernd geltend gemacht werden können, die rentenverbessernden Erträge daraus aber wieder besteuert werden.

6.3 Umsatzsteuersatz auf 5 Prozent senken

Gerade bei der Umsatzsteuer — auch Mehrwertsteuer genannt — herrscht große Verwirrung. Mal sind es 7 Prozent, mal 19 und immer mal wieder wird auch die Eingruppierung der Waren und Dienstleistung geändert. Wir setzen uns für eine ermäßigten Steuersatz von grundsätzlich 5 Prozent ein, bis die derzeitige Krisensituation überwunden ist. Die Senkung würde zu einer wirtschaftlichen Belebung führen, da mehr Geld bei den Marktteilnehmern bliebe, die es erfahrungsgemäß oft sinnvoller einsetzen als der Staat.

6.4 Grundnahrungsmittel nicht besteuern

Essen muss bezahlbar bleiben. Das gilt umso mehr für Grundnahrungsmittel wie Brot, Obst und Gemüse. Auch Babynahrung gehört unseres Erachtens zu den Grundnahrungsmitteln. Der Anteil der Lebensmittelausgaben im Budget einer Familie oder auch eines Single-Haushaltes steigt wie auch die Ausgaben für Heizung sowie kaltes und warmes Trinkwasser. Allein um ein menschenwürdiges Leben im Alltag zu gewährleisten, arbeitet ein Teil der Bevölkerung hart und hat kaum noch Spielraum für weiterreichende Bedürfnisse. Dem ist unter anderem durch Steuererleichterungen ein Ende zu setzen.

6.5 Zweckbindung von Steuereinnahmen

Der Steuerzahler hat das Recht, zu wissen, was mit seinem Geld passiert. Eine Zweckbindung der Steuereinnahmen schafft wieder Vertrauen in die Politik, da die Einnahmen dann transparent ausgegeben werden müssen und nicht hin- und her geschoben werden können. Auch ist die Zweckbindung ein probates Mittel, gegen Korruption zu wirken. Wir setzen uns für ein transparentes und gerechtes Steuersystem ein. Es ist das Geld der Steuerzahler, über das die Politik verfügt. Das sollte nicht vergessen werden.

6.6 Solidaritätszuschlag endgültig abschaffen

Der Solidaritätszuschlag sollte bereits vor Jahren abgeschafft werden, doch irgendwie kleben die Regierenden an diesem Beitrag der Steuerzahler. Es wäre ein leichtes, den Solidaritätszuschlag per Gesetz abzuschaffen, denn das Hilfsprogramm „Aufbau Ost“, wofür er ursprünglich gedacht war, ist längst abgelaufen. Die tatsächliche Verwendung des Soli ist unklar. Auch hier gilt: Transparenz. Die Handwerkerpartei Deutschland steht für ein Ende des Solidaritätszuschlages für alle.

6.7 Steuerermäßigung für Handwerksfamilien, wenn sie Kinder bekommen

Um das Handwerk zu entlasten und die Familiengründung zu erleichtern, setzen wir uns für eine einjährige Befreiung von der Einkommensteuer ein, die den Handwerkerfamilien zugute kommt, die ein Kind bekommen haben. Damit sollen Familienbetriebe im Handwerk geschützt und der Nachwuchs gefördert werden. Auch Handwerkern außerhalb eines Familienbetriebes soll diese einjährige Steuerfreiheit nach der Geburt ihres Kindes gewährt werden. Die steigenden Kosten für Kinder schrecken viele ab, überhaupt Nachwuchs haben zu wollen. Dies schadet langfristig dem ganzen Land.

6.8 Geld für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nur auf freiwilliger Basis

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geraten zunehmend in die Kritik. Spitzengehälter, Gagen und Pensionen in einer Höhe, von der ein durchschnittlicher Werktätiger nicht einmal zu träumen wagt, sind ungerechtfertigt. Kern eines jeden Journalismus in einem echten demokratischen System ist die Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen. Davon ist im Programm der öffentlich-rechtlichen Sender nichts zu spüren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, finanziert durch eine „Gebühr“, die an den Besitz von Fernseher und Radio gebunden war, hatte seine Berechtigung, als nur wenige Frequenzen zur Verfügung standen und allein schon der technische Sendebetrieb extrem teuer war. In dieser Zeit wollte fußend auf den Erfahrungen aus jener Zeit, in der sich ein Nazi-Regime in Deutschland etablierte, niemand diese Möglichkeiten der Massenbeeinflussung ausschließlich privaten Akteuren überlassen.

Aber selbst in jener Zeit konnte, wer den Inhalt der Programme nicht mochte oder schlicht keine Zeit hatte, Fernsehen zu schauen, durch Abschaffen der Geräte sich der Zahlung entziehen. Dies erzeugte einen gewissen Druck auf die Programmgestalter, Niveau zu wahren und neue Inhalte anzubieten. Beginnend mit der Zahlungspflicht auf Mobiltelefone und Computer und fortgesetzt mit dem sogenannten Rundfunkbeitragsstaatsverträgen seit 2013 ist nun schon menschenwürdiges Leben (Wohnungsabgabe) und wirtschaftliche Betätigung (Abgaben auf Betriebsstätten und Fahrzeuge) mit Zahlungen verbunden, die gegebenenfalls sogar mit Gewalt eingetrieben werden. Auf der anderen Seite berufen sich die Anstalten auf ihre Freiheit bei der Programmgestaltung und Programmverbreitung, die in gerader Linie zu immer mehr „Programm“ und immer mehr Kosten führt. Inzwischen sind es rund 8,5 Milliarden Euro Zwangsbeiträge vom Nettoeinkommen und dazu noch ein Eingriff in den Werbemarkt, der letztlich zu einem Umsatz von rund 10 Milliarden Euro pro Jahr führt. Da kleine Einkommen genauso zur Zahlung herangezogen werden wie Spitzenverdiener, ist dies Geld, das im regionalen Wirtschaftskreislauf fehlt, denn Bezieher kleiner Einkommen würden einen eingesparten Rundfunkbeitrag in der Regel konsumierend ausgeben. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk heutzutage ist vor allem eine gigantische Fehlleitung von Ressourcen und Sparsamkeit, wie jüngste und ältere Skandale zeigten, ein Fremdwort in den Chefetagen der Anstalten. Über die Höhe des Rundfunkbeitrages entscheiden in der Regel Personen, die Spitzeneinkommen beziehen. Und dementsprechend kennen die Beiträge nur eine Richtung: nach oben. Leider auch in Krisenzeiten und bei sinkenden Realeinkommen der Gesamtbevölkerung.

Die Handwerkerpartei Deutschland fordert Freiwilligkeit bei der Beitragszahlung. Leistung will bezahlt werden und das Angebot regelt die Nachfrage. Unsere Bürger brauchen keine Belehrung von oben und sollen selbst entscheiden, für welche Art des Medienkonsums sie ihr Geld ausgeben wollen. Es gibt inzwischen eine Vielzahl journalistischer Angebote, die sich allein oder überwiegend aus Spenden finanzieren. Selbstverständlich muss man nicht jede dort vertretene Meinung teilen, aber sich anzumaßen, man wisse besser als andere, was Information und was Desinformation ist, zeigt

ein grundlegendes Unverständnis für die Aufgaben des Journalismus in einer demokratisch verfassten Gesellschaft. Öffentliche Kritik an der Politik der jeweils aktuellen Regierung gehört zu diesen Aufgaben. Wer sie unterbinden will, hegt totalitäre Absichten. Ob ein nur von freiwilligen Zahlungen lebender Rundfunk dann noch "öffentlich-rechtlich" genannt werden kann, ist eine unwichtige Frage. Aber auf jeden Fall wäre mit einer erheblich sparsameren Mittelverwendung und besserem Programmangebot zu rechnen.

7. Kinder sind unsere Zukunft

Kinder brauchen Sicherheit auf mehreren Ebenen, um sich physisch und psychisch gesund zu entwickeln und sich danach als Erwachsener in unsere Gesellschaft eingliedern und einbringen zu können. Das gelingt nicht automatisch. Es bedarf eines geschützten Raumes und eines empathischen Umgangs mit Kindheit und Jugend. Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass die Trennlinie zwischen Kindheit und Erwachsensein immer mehr verschwimmt, die eigenen Eltern durch eine „woke“ Ideologie in den Hintergrund verbannt werden. Kindern wird eine hohe Verantwortung auferlegt, die sie aufgrund ihrer psychischen Reife nicht aufbringen können und die eindeutig in die Hand der Eltern gehört. Wir nehmen die Kindheit in den Blick und sprechen uns für eine Stärkung der Familie aus.

7.1. Sitzplatz-Garantie in Schulbussen

Kinder müssen sicher zur Schule gelangen. Deshalb wollen wir ein Modell, das Kinder sicher abholt und so strukturiert ist, dass sich die Kinder im Schulbus auch hinsetzen können und das alles unentgeltlich. Gerade im ländlichen Raum wird zu wenig öffentlicher Personennahverkehr angeboten.

7.2. Traditionelles Essen

Wir kritisieren die Genehmigung der Europäischen Union, Insektenmehl im Essen einzusetzen und werten dies als Verunreinigung und als Angriff auf unsere Werte. Kinder und Jugendliche brauchen zugunsten gesunden Wachstums gutes Essen auch aus den Schulkantinen, um körperlich und geistig zu reifen. Dazu gehört traditionelles Essen ohne Zusätze und der Verzicht auf ideell begründete Vorgaben wie vegane Ernährung. Wir stehen dafür ein, dass zumindest ein traditionelles Essen täglich zur Wahl für die Kinder und Jugendlichen auf dem Speiseplan der Schulkantinen steht.

7.3. Keine Frühsexualisierung in Kitas und Schulen

Wir setzen uns für ein striktes Verbot von Frühsexualisierung in Kindertagesstätten und Schulen ein. Wenn sexuelle Neigungen schon in der Kindheit von Erwachsenen gegenüber den Kindern thematisiert werden, dann nehmen wir dies besorgt zur Kenntnis. Nicht umsonst spricht man in den Naturwissenschaften von Geschlechtsreife. Erst nachdem diese durchlaufen ist, haben Menschen die Fähigkeit erlangt, über ihre Sexualität so zu verfügen, dass ihre psychische Gesundheit nicht leidet. Zu früher sexueller Kontakt schädigt die Psyche von Heranwachsenden. Die grüne Ideologie will der Gesellschaft etwas anderes glaubhaft machen und zitiert gesellschaftswissenschaftliche Theorien, die anhand naturwissenschaftlicher Standards unhaltbar sind. Eine für Leib und Seele gesunde Kindheit hat nichts mit Sex zu tun und muss von Sex ferngehalten werden. Aus sexuellen Wünschen Erwachsener resultierende Kindesmisshandlung und insbesondere deren Umsetzung in Kinderpornografie müssen zu den am härtesten geahndeten Straftaten werden. Dafür stehen wir ein.

7.4 Familien stärken

Eltern haben das Recht, ihre Kinder nach eigenen Maßstäben zu erziehen, um sie auf das Leben vorzubereiten. Politische Konstrukte und Ideologien haben weder im Kindergarten noch in der Schule etwas zu suchen. Familien müssen in unserer Gesellschaft wieder an ihren Platz rücken - als Basis, mit all ihren Werten und Vorstellungen, im Wesentlichen ohne Einmischung des Staates.

8. Die Europäische Union und Deutschland

Nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes kann die Bundesrepublik Deutschland Hoheitsrechte an die Europäische Union abgeben. Sie kann —muss aber nicht. Wir stehen dafür ein, nationales Recht zu stärken. Die Europäische Union ist ein komplexes und zutiefst undemokratisches Gebilde. Wir bekennen uns als Handwerkerpartei Deutschland zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und schließen daher Machtansprüche aus, die demokratisch nicht legitimiert sind. Unsere Demokratie ist zu hart erkämpft, das dass wir sie zugunsten einer ideologischen Konstruktion, die Vielfalt und Eigenheiten von Nationalstaaten beseitigen will, aufgeben werden. Der Wettbewerb unter den Nationalstaaten um die bessere Finanz- und Wirtschaftspolitik und die effizienteste, Ressourcen der Steuerzahler schonende Staatsführung darf nicht durch unbegrenzte Ausgleichszahlungen und die Haftung für Schulden anderer aufgehoben werden, weil in einem solchen System immer der gewinnt, der sich am wenigstens anstrengt. Die dringend erforderliche Konsolidierung der Staatshaushalte der europäischen Länder gelingt nur im Wettbewerb, nicht in der Gleichmacherei.

8.1 Neutralität Deutschlands

Wir sprechen uns gegen Kriegstreiberei und ein militärisches Engagement Deutschlands aus. Unser Militär muss ausschließlich zur Verteidigung Deutschlands eingesetzt werden. Deutsche Frauen und Männer sollen nie wieder auf dem Schlachtfeld eines Krieges fallen müssen und für politisches Kalkül und Interessen missbraucht werden. Der einzige Weg für Deutschland muss der diplomatische Weg sein.

8.2 Nationales Recht vor EU-Recht

Mit wachsender Sorge beobachten wird den fortschreitenden Machtausbau der Europäischen Union zu Lasten der Mitgliedsstaaten. Mittlerweile sind die Mitgliedsstaaten dem EU-Recht unterworfen und werden von der EU mit Sanktionen belastet, sollten sie aus der Reihe tanzen. Wenn die Europäische Union „mit einer Stimme spricht“, eine demokratische Kontrolle der Entscheidungsträger jedoch schon infolge der Größe und Komplexität des Konstruktes und der Regelungen kaum noch möglich ist, kann es sehr schnell gehen, dass überwiegend nur den Interessen extrem vermögender und daher extrem einflussreicher Personen und Gruppen entsprochen wird. Hierbei geht es um Geld, das auch vom deutschen Steuerzahler aufgebracht wird. Mitgliedsstaaten müssen ihre volle Souveränität zurückbekommen, so auch Deutschland. Nationales Recht muss immer an erster Stelle stehen.

8.3 Bürokratie-Rückbau

Die EU muss unserer Meinung nach wieder zu dem zurückgeführt werden, was sie einmal war — ein lockeres Handelsbündnis. Mittlerweile hat sich die Europäische Union zu einem supranationalen bürokratischen Staaten-Gebilde ausgewachsen, das die Steuerzahler der Mitgliedsstaaten sehr viel Geld kostet. Wir streben eine Machtbegrenzung mit Bürokratie-Rückbau der Europäischen Union an, die sich letztlich auf Regelungen für den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten begrenzen soll.

8.4 Stopp des Datentransfers an die EU

Aufgrund ihres hochkomplexen bürokratischen Aufbaus sammelt die EU mittlerweile umfangreich und in großer Tiefe Daten über die Bürger ihrer Mitgliedsstaaten. So trat Deutschland beispielsweise 2020 dem Genom-Projekt der EU bei. Dazu sagen wir Stopp. Die EU hat kein Anrecht auf hochsensible Daten der Bürger von Nationalstaaten. Datenschutz ist zu gewährleisten. Wir sagen nein zum gläsernen Bürger. Daher fordern wir den Erhalt des Bargeldes und diesen sogar im Grundgesetz festzuschreiben.

8.5 Austritt aus dem „Green Deal“ und dem „Fit-for-55 Programm“

„Klimaschutz“-Vorgaben, die zur „Energiewende“ führen und Digitalisierung sind Eckpfeiler des Green Deal und des dazugehörigen „Fit-for-55 Programm“. Sie bedeuten Armut statt Wohlstand für Deutschland. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich dazu verpflichtet, diesem Programm Folge zu leisten, Sanktionen bei Nichteinhaltung ebenfalls zu akzeptieren. In unseren Augen kann eine ungünstige Klimaentwicklung nur verhindert werden, wenn die menschengemachte Veränderung des Klimas durch Windparks und Solar-Felder sofort beendet wird. „Zahlreiche Studien kommen jedenfalls zu dem Ergebnis, dass es in der Umgebung von Windkraft-Anlagen zu weniger Niederschlag kommt, insgesamt eine höhere Temperatur entsteht und folglich das Risiko von Dürren steigt.“, so die Deutschen Wirtschaftsnachrichten. Besonders deutlich wird dieser Effekt im Umfeld großer Windparks. Sie verlangsamen den Austausch der Luftmassen, Hochdruckgebiete halten sich länger und es bleibt länger trocken. Regnet es dann doch, dann so heftig, dass der Boden das Wasser nicht ausreichend speichern kann. Die Windräder wirbeln warme Luft, die sonst aufsteigen würden, wieder nach unten in Bodennähe. Auch dies stärkt die Verdunstung. Außerdem versiegeln die Zufahrtswege und die riesigen Beton-Fundamente den Boden. Auch dies begünstigt extreme Trockenheit. Offshore-Windparks sorgen dafür, dass die Wolken noch über dem Meer wieder abregnen. Das ist Regen, der auf dem Land dann fehlt. Diese Veränderungen dann mit der CO₂-Emission durch menschliche Tätigkeit in Verbindung zu bringen und als Lösung des selbstgeschaffenen Problems noch mehr Windräder bauen zu wollen, noch dazu unter Schädigung des CO₂-speichernden Baumbestandes - das ist in unseren Augen eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes.

Der „Green Deal“ verfolgt auf keinen Fall, irgendwen oder irgendetwas zu schützen, auch nicht das Klima vor übermäßiger Erwärmung, sondern ist nur Auswuchs „grüner“ Ideologie, die nichts mit der Realität gemein hat.

8.6 Zahlungen an die EU einschränken

Wir benötigen keinen supranationalen Staat namens Europäische Union mit einem exorbitant teuren Beamten und Verwaltungsapparat, um unsere Infrastruktur zu beleben — im Gegenteil: Bundesdeutsche Steuergelder werden in der ganzen EU und weit darüber hinaus verteilt. Unsere Bürger kämpfen währenddessen gegen den massiven Wohlstandsverlust an und die Infrastruktur wird in der Gesamtschau immer schlechter. Auch auf anderen Gebieten erweist sich die EU als hochgradig ineffizient. Agrarsubventionen sind nötig, um die Lebensmittelproduktion im Land zu halten. Es ist eine Frage der nationalen Sicherheit, eine eigene Lebensmittelproduktion zu haben. Doch machen inzwischen die Verwaltungskosten der EU für die Verteilung der Subventionen etwa die Hälfte des Budgets in diesem Bereich aus. Solange es so schlecht praktiziert wird, ist es besser, die Verteilung im eigenen Land zu klären, mit weniger Verwaltungsaufwand. Wir stehen dafür ein, dass Deutschland zuerst wieder

aufgebaut und der Wohlstand für unsere Bürger mit dem, was sie selbst erwirtschaften, wieder hergestellt wird, bevor hart erarbeitete Ressourcen außerhalb der deutschen Grenzen verteilt werden.